

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 3. April 1879.

Nr. 158.

Deutscher Reichstag.

32. Sitzung vom 2. April.

Präsident von Forderbed eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Dr. Friedberg mit mehreren Kommissarien.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln, sowie mit Gebrauchsgegenständen.

Die Debatte beginnt bei § 10, welcher lautet: „Mit Gefängniß bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft. 1) Wer zum Zweck der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- und Genußmittel nachmacht oder dadurch verfälscht, daß er dieselben mittels Entnehmens oder Zusetzens von Stoffen verschlechtert, oder daß er dieselben mit dem Schein einer besseren Beschaffenheit verleiht; 2) wer wissenschaftlich Nahrungs- oder Genußmittel, welche verdorben oder nachgemacht oder im Sinne der Nr. 1 verfälscht sind, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung festhält.“

Hierzu beantragen:

1) Abg. Baer (Offenburg): a. die Ziffer 1 dahin zu fassen: „wer zum Zweck der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genußmittel nachmacht oder verfälscht. b. in Ziffer 2 zwischen „nachgemacht oder“ und „verfälscht“ die Worte: „im Sinne der Nr. 1“ zu streichen.

2) Abg. Büchner: a. die Nr. 1 in der Fassung anzunehmen, wie sie Abg. Baer vorschlägt; b. die Nr. 2 wie folgt zu fassen: „wer wissenschaftlich Nahrungs- oder Genußmittel verkauft oder verfälscht, welche verdorben oder nachgemacht oder verfälscht sind.“

Abg. Schulte-Delphich: in Nr. 2 hinter den Worten: „verschlechtert oder“ einzufügen: „den beschriebenen Handels- oder Geschäftsgebrauchen unähnlich“.

Abg. Dr. Buhl erklärt sich für den Kommissionsbeschluss und hält eine nähere Definition des Wortes „verfälscht“ schon um deswill für notwendig, da gerade das vorliegende Gesetz weniger für die Jurisprudenz, als für das geschäftstreibende Publikum bestimmt sei. Redner bittet, die Reichsregierung des Gesetzes abzuwarten und auf Grund der erfolgten Entscheidungen womöglich durch das Reichsgericht eine endgültige Festlegung des Begriffs „Fälschung“ herbeizuführen. Es werde dann leicht eine geeignete legislatorische Korrektur des Gesetzes eintreten können.

Bundeskommissar Geh. Rath Finkelnburg erklärt sich ebenfalls gegen die vorliegenden Amendements und für den § 10 in der Kommissionsfassung. Es sei notwendig, gegen alle Fälle der Verfälschung Vorkehrung zu treffen, es ergebe sich die Verfälschung aus der schlechten Beschaffenheit der Waare. Man müsse alle diejenigen Manipulationen mit diesem Gesetze erreichen können, welche darauf abzielen, das Publikum zu veranlassen, Waaren zu kaufen, die hinsichtlich der Nahrungsfähigkeit den Anforderungen nicht entsprechen und deshalb auf eine Täuschung des Publikums berechnet sind. Wenn ein Schlichter seine Wurst mit 75 pCt. Semmel versee, so sei das Fälschung.

Abg. Dr. Reichensperger-Erfeld legt auf die Urtheile der Sachverständigen wenig Werth. Der Begriff „Fälschung“ lasse so verschiedene Deutungen zu, daß derselbe unbedingt einer näheren Erläuterung bedarf. Nachmachungen von Weinen könnten doch unmöglich unter den Begriff „Fälschung“ fallen, wenn der Verkäufer ausdrücklich erklärt, das und das sei zugelegt. Bei dem Mangel einer ausreichenden Definition werde das Gesetz in seinem wesentlichsten Theile und in seinen Folgen schwer geschädigt.

Staatssekretär Dr. Friedberg bezweifelt diese letztere Behauptung. Man müsse ja den rechtspredenden Instanzen in viel schwierigeren Fragen die Entscheidung überlassen und erwarte, daß sie das Richtige treffen werden. Er glaube, daß in jedem konkreten Falle es einem verständigen Richter wohl möglich sein werde, zu entscheiden, das ist eine Verfälschung, auch wenn er nicht die Kriterien des § 1 hat.

Abg. v. Flottwell erklärt sich für das Amendement Baer.

Nachdem Johann Abg. Haenle für die Annahme des § 10 gesprochen und Abg. Dr. Zinn als Referent gleichfalls dafür eingetreten, wird der § 10 mit dem Amendement Baer (Offenburg) angenommen.

§ 11 lautet in der Regierungsvorlage: „Ist die im § 10 Nr. 2 bezeichnete Handlung aus Fahrlässigkeit begangen, so tritt Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft ein.“

Die Kommission hat Geldstrafe bis zu 800 Mark oder Haft- oder Gefängnißstrafe bis zu 3 Monaten beantragt.

Abg. Baer (Offenburg) beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Die von der Kommission erhöhte Strafe sei zu streng, da es sich nur um die gefahrlose Fälschung handle. Die Strafbestimmungen dürfen nicht gegen das allgemeine Prinzip des Strafrechts verstoßen.

Nachdem der Referent Dr. Zinn den Kommissionsantrag befürwortet, wird der § 11 in der ursprünglichen Fassung angenommen.

Die §§ 12—17 werden (im § 14 unter Ablehnung des Kommissionsbeschlusses) nach den Vorschlägen der Regierung angenommen; in demselben wird die Herstellung und das Verkaufen gesundheitsgefährlicher Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidungs- und Gebrauchsgegenstände mit Gefängnißstrafe, neben welcher auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, bedroht. Durch gerichtliches Urtheil kann ferner die Publikation der Beurtheilung auf Kosten des Schuldigen angeordnet werden.

Schließlich werden mehrere Petitionen der gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt; dagegen werden die Petitionen von Weinproduzenten, sowie: sich auf das Verbot der Weinsäbilation beziehenden, dem Reichskanzler zur Erwägung, zwei Petitionen betreffend den Verkehr mit Aqueten und Geheimmitteln und über die Karpfzucht dem Reichskanzler zur Kenntnisaufnahme überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend den Schutz nützlicher Vögel.

§ 1 verbietet das Zerstören und Ausheben von Nestern, das Tödten, Zerstören und Ausheben von Jungen und Eiern und das Feilbieten derselben.

Abg. Fürst v. Hohenlohe-Langenburg will auch den An- und Verkauf verboten wissen, wegen sich die Regierung ausspricht.

Das Haus lehnt diesen Antrag ab und genehmigt den § 1 unverändert.

§ 2 verbietet das Fangen und die Erlegung von Vögeln zur Nahrung, so lange der Boden mit Schnee bedeckt ist u. mittelst Körnern, denen betäubende Bestandtheile beigemischt sind, mittelst Schlingen, Fallen oder Netzen; außerdem kann der Bundesrath Vorkehrungen zur Massenvergiftung von Vögeln verbieten.

Ein Antrag des Abg. Streitt, nur die Erlegung von Vögeln zu gestatten, jede Art des Fangens aber zu verbieten, wird abgelehnt, dagegen der Antrag der Abgg. v. Schorlemer und Windthorst, daß es hinsichtlich der Krammetsvögel bei den landesrechtlichen Vorschriften bleiben solle, angenommen.

Zum § 3 liegen mehrere Anträge vor; die Diskussion ergibt sehr bald, daß es nicht thöricht ist, diese Materie im Plenum zum Austrage zu bringen.

Das Haus tritt deshalb dem Antrage des Abg. Grafen Stolberg (Rastenburg), den Rest des Gesetzes einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, bei.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs wegen Abänderung des Gesetzes betr. die Wechselstempelsteuer.

Im Artikel 1 wird bestimmt, daß die Stempelabgabe betragen soll für je 200 Mark 10 Pf. bis zum Betrage von 1000 Mark, für jedes fernere Tausend 50 Pf., wobei das angefangene Tausend für voll gerechnet wird.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

1) Abg. Zimmermann beantragt für jede 200 Mark 10 Pf. Stempel zu erheben; 2) Abg. Moering will für jede 100 Mark 5 Pf. Stempelabgabe festsetzen, schließt sich aber für den Fall der Ablehnung dieses Antrages dem Antrage Zimmermann an;

3) Abg. Wambarger beantragt, wie in der Vorlage von je 200 Mark bis zur Summe

von 1000 Mark je 10 Pf. Stempel zu erheben, dagegen für mehr als 1000 bis 1500 Mark 75 Pf., für mehr als 1500 bis 2000 Mark 1 Mark und für jedes fernere Tausend 50 Pf.

Abg. Zimmermann befürwortet seinen Antrag, der den Wünschen der Berliner Kaufmannschaft entspreche; der Regierungsvorschlag würde unnötige Erschwerungen herbeiführen und nur die Folge haben, daß man statt eines, zwei Wechsel machen würde, um den Stempel zu ersparen.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

1. D.: Fortsetzung der Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Wechselstempelsteuer; Gesetzesentwurf betreffend die Konsulargerichtsbarkeit; Wahlprüfungen.

Deutschland.

„Berlin, 2. April. In mehreren bedeutenden Provinzialblättern wird eine Aenderung der Stimmungen in Reichstagskreisen konstatiert. In der That ist die erfreuliche Beobachtung zu machen, daß die parlamentarische Atmosphäre von den manigfachen Konfliktstoffen gereinigt erscheint, von welchen dieselbe längere Zeit erfüllt schien. Die eine Zeit lang gehegte und von manchen Seiten fast gefühllos genährte Besorgniß, daß die Regierung eine Auflösung des Reichstages herbeiführen wolle, ist fast verschwunden, und die Ueberzeugung hat sich Bahn gebrochen, daß die Regierung den dringenden Wunsch hegt, mit dem jetzigen Reichstage zu einer Verpöngung über die großen wirtschafts-politischen Fragen zu gelangen. Die Dringlichkeit dieses Wunsches wird dadurch erhöht, daß die Uebergangszeit und die mit derselben verknüpfte Ungewissheit der wirtschaftlichen Verhältnisse nunmehr so schnell als möglich ein Ende nehmen muß. Gerade in dieser Beziehung steht die öffentliche Meinung der Regierung angeschlossen zur Seite, und in dieser Uebereinstimmung liegt die Regierung Alles daran, die Frage ohne jede weitere, nicht durch die Natur der Dinge selbst gebotene Verzögerung zum Abschluß zu bringen.“

Die neuesten Mittheilungen des „Standard“ über den Stand der Verhandlungen mit Rom sind es höchstnützlich, wie frühere Angaben desselben Blattes. Ueberhaupt entsprechen alle Meldungen über einzelne bereits vereinbarte, sowie noch zu vereinbarenden Punkte nicht der wirklichen Lage der Verhandlungen. Ich kann hinzufügen, daß die Besprechungen, welche der Abgeordnete Windthorst am 31. März auf seinen Wunsch mit dem Reichskanzler hatte, nicht durch die kirchliche Frage veranlaßt war.

In dem Befinden des Präsidenten der Staatsschuldverwaltung Grafen Eulenburg ist seit einigen Tagen eine kleine Erleichterung eingetreten.

Die Reichsgesetzwerbekommission, welche bisher in dem Gebäude des Staatsministeriums untergebracht war, übersiedelt dieser Tage nach dem Gebäude in der Schadowstraße, in welchem sich die Generalordnenkommission befindet. Die Räume im Gebäude des Staatsministeriums werden einigen Bureau des Kultusministeriums eingeräumt werden, während auf dem Grundstück dieses Ministeriums ein Neubau ausgeführt wird.

Der Generalleutnant z. D. v. Bredow auf Briesen und der Polizeipräsident v. Radat sind von Sr. Majestät zu Domherren in Brandenburg ernannt worden.

Durch allerhöchste Kabinetsordre vom 18. März ist über die Havarie-Kommission folgende Bestimmung ergangen: Wenn bei einem Seeressort von vornherein der Verdacht oder nur eine begründete Vermuthung vorliegt, daß eine erhebliche Beschädigung oder der Verlust eines Schiffes oder Fahrzeuges, oder der Verlust von Menschenleben durch Verschulden herbeigeführt worden sei, so soll das Havarieverfahren ausgesetzt und sofort durch die zuständigen Gerichtsheren die Feststellung des Thatbestandes im gerichtlichen Verfahren angeordnet werden.

Zum Zweck der Einführung der hiesher dem Finanzministerium unterstellten Abtheilung für Domänen und Forsten in das Ministerium für landwirtschaftliche Angelegenheiten, Domänen und Forsten hatte, wie bereits gemeldet, der Staatsminister Friedenthal gestern Mittag eine Sitzung anberaumt. Nachdem der Minister die Beamten der Abtheilung für Domänen und Forsten begrüßt hatte, nahm er Veranlassung, darauf hinzuweisen, wie nach dieser

Vereinigung das Bestreben darauf gerichtet sein müsse, den Landeskultur-Angelegenheiten eine entsprechenden Pflege zu widmen. Wie ich höre, wird in nicht zu langer Zeit auch die räumliche Vereinigung der beiden Abtheilungen des Ministeriums sich bewerkstelligen lassen. Es ist nämlich für die hieser Leipziger Platz 7 domizilirte Provinzial-Steuerdirektion ein Grundstück Königsgräberstraße 88 gewonnen. Demzufolge nimmt man an, daß zum 1. Mai die Uebersiedelung der Abtheilung für Domänen und Forsten aus dem Finanzministerium nach dem Leipziger Platz 7 stattfinden wird.

Da die Ratifikationen Chile's und Peru's in Bezug auf ihren Beitritt zum Weltpostverein noch nicht eingegangen sind, so haben die Postanstalten einstweilen Anweisung erhalten, welche Vereinsposten für den Verkehr mit den beiden Staaten vom 1. April ab in Geltung kommen.

Vom 1. April ab ist die Lagerfrist für Briefe mit Werthangabe, sowie für Pakete mit oder ohne Werthangabe, welche vom Auslande im Reichspostgebiet mit der Bezeichnung „postlagernd“, „poste restante“ oder „bureau restante“ eingegeben, auf 2 Monate vom Tage des Eintreffens am Bestimmungsort festgesetzt. Nur bei Postsendungen aus Belgien und aus Oesterreich-Ungarn bleibt die Lagerfrist von 3 Monaten bestehen.

In diesen Tagen findet die Eröffnung von 50 neuen Telegraphenanstalten, darunter 23 mit Fernsprechern, statt.

Berlin, 2. April. Die heut erschienenen „Kron- und Posten“ äußern sich in Betreff der Revision des Zolltarifs wie folgt:

Die Regierung ist, wie auch der Präsident des Reichskanzleramtes im Reichstage hervorgehoben hat, von der dringenden Nothwendigkeit einer baldigen Lösung der schwersten Fragen überzeugt, weil unter der augenblicklichen Unsicherheit der Zustände das gesamte Wirtschaftsleben in Deutschland leidet. Den Uebergangszustand, in welchem sich die gesamten industriellen Verhältnisse befinden, möglichst abzufärzen, das erkannten der Reichskanzler und mit ihm die verbündeten Regierungen als ihre Pflicht und Aufgabe. Je rascher die deutsche Industrie aus dem Zustande der jetzigen Ungewissheit heraustritt, desto begründeter ist die Hoffnung auf eine neue aufsteigende Entwicklung. Der Reichskanzler wünscht deshalb die Verträge über die Zoll- und Steuerfragen, welche jetzt insgesamt dem Bundesrathe vorliegen und über welche eine vorgängige vertrauliche Verständigung unter den Bundesregierungen bereits stattgefunden hat, noch vor Ostern an den Reichstag bringen zu können, damit die Beratung derselben unmittelbar nach den Osterferien beginnen könne.

Zu der Unterredung des Reichskanzlers und des Abgeordneten Windthorst verläutet nachträglich, daß dieselbe nicht die Verhältnisse des Herzogs von Cumberland, sondern ein anderes Mitglied der ehemaligen hannoverschen Dynastie zum Gegenstand gehabt hätte.

Die konstitutionellen Garantien, welche das Steuerbewilligungsrecht des Reichstages durch Befall der Matrikularbeiträge wahren sollen, werden jetzt mehrfach in einer jährlichen Bewilligung des Kaffergolles gesucht, ein Gedanke, der, wie verläutet, von dem Reichskanzler acceptirt werden dürfte. Ueber den Werth eines solchen Auskunftsmitteis behalten wir uns einwillen unser Urtheil vor.

Der Bundesrath hielt heute Nachmittag um 2 Uhr eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Reichskanzleramtes-Präsidenten Hofmann. Nach den einleitenden Geschäften wurde die Mittheilung des Reichstagsbeschlusses wegen Einrichtung einer selbstständigen im Lande befindlichen Regierung für Elsaß-Lothringen entgegengenommen. Eine Vorlage über Beförderung von Schwefelnatrium und Posten auf Eisenbahnen ging an die Ausschüsse. Bezüglich des Antrages wegen Regelung des Gütertarifwesens auf den deutschen Eisenbahnen wurde nach einem Antrage Württemberg beschloffen, die Einrichtung eines besonderen Ausschusses, in welchem das Reichskanzleramt, Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg und Elsaß-Lothringen durch je eine Stimme vertreten sein sollen und auch die früher erhobenen Kompetenzbedenken beseitigt sind.

Der Gesetzesentwurf über den Zolltarif wurde von der Tagesordnung abgesetzt und auf morgen vertagt, da den Mitgliedern des Bundesraths der Kommissionsbericht erst heute Morgen zugegangen

war. Im Uebrigen wurden nach Berichten der Ausschüsse angenommen: die Anträge über die Kosten der Ausstellung eines Konventionsplanes der Unterwerfer; über die Abänderung des Entwurfs wegen des Pfandrechts an Eisenbahnen u.; wegen der Aufsicht über die Ausführung der Gewerbeordnung bezüglich der Verhältnisse der Fabrikarbeiter und endlich über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Walz- u. Werken und in Glashütten.

Dem Mitglieder des Bundesrathes ist der Bericht der Zolltariffkommission erst heute früh, wenige Stunden vor der Plenarsitzung, zugegangen. Es ist ein Heft von etwa 37 Druckbogen mit einer kurzen Einleitung und einem daran geknüpften Referat über die Kommissionsberatungen zum Gesetz und zum Tarif; die Minoritätsvota treten in dem Bericht durch ihre prägnante Fassung ganz besonders hervor. In der Einleitung ist u. A. betont, daß die Kommissare sich mit den finanziellen Erfolgen ihrer Beschlüsse nicht beschäftigen, sondern sich nur mit den dringenden Bedürfnissen befassen haben. Am eingehendsten sind die Zölle auf Eisen, Getreide, Garn und Holz behandelt. Als Motiv zu dem Entwurf für den Reichstag zu dienen, wäre dieser Bericht allerdings nicht geeignet.

Gestern Morgen war dem Bundesrath der von der Tarifkommission erstattete Bericht zu dem neuen Zolltarif, der die Motive enthält, übergeben worden und schon Mittags fand der letztere selbst auf der Tagesordnung des Plenums, von der er freilich, um wenigstens das Aeußerste zu vermeiden, vorläufig noch abgesetzt wurde. Der Bericht der Kommission findet in Bundesrathskreisen, wie man uns schreibt, wegen seiner erschöpflich überlieferten Abfassung eine ziemlich scharfe Kritik. An verschiedenen Stellen wird offen ausgesprochen, daß wegen Mangels an Zeit einzelne Gegenstände nur andeutungsweise berührt worden sind. Auffällig ist auch die Bemerkung, daß die Kommission die voraussichtlichen finanziellen Erfolge ihrer Anträge gar nicht erwähnt. Im Uebrigen sind die Voten der Majorität und Minorität einander gegenübergestellt und die Theile des Berichts, welche die Zölle auf Eisen, Getreide, Garn und Holz betreffen, mit besonderer Sorgfalt behandelt.

In dem Bericht der Tarifkommission wird, der „Post. Ztg.“ zufolge, bei dem Abschnitt von den baumwollenen Geweben und Gespinnsten hervorgehoben, daß die Elsfässer Industrie mit den vorgeschlagenen Aenderungen sich im Einklange befindet; auch die süddeutsche Industrie habe dagegen nichts zu erinnern. Dagegen seien aus den rheinischen Industriezweigen Bedenken geltend gemacht worden. Zu den Handelskammern, auf deren Zustimmung nicht gerechnet werden kann, gehört auch das im Allgemeinen so hochgeschätzte Elberfeld. Ebenso wenig wie die rheinische wird die sächsische Textilindustrie Veranlassung haben, ihre Befriedigung zu äußern. Der Einfluß württembergischer Anschauungen auf die Aufstellung des Tarifs ist unvorstellbar. Für baumwollene und leinene Garne werden die Zölle nach der Feinheitsschraube gestuft; für die baumwollenen Gespinne ist dabei das englische System der Nummerierung zu Grunde gelegt. Was die Gewebe anbelangt, so ist nur für die Leinwand ein neuer Klassifikationsmodus eingeführt; die Feinheit der Gewebe und damit ihre Zollpflicht wird abgemessen nach der Zahl der Fäden, die auf einem gewissen Quadraträume gezählt werden. In Betreff der Baumwolle hat man davon Abstand genommen, dieselbe Klassifikation einzuführen. Die Rohmetalle mit Ausnahme des Eisens bleiben zollfrei, metallene Waaren dagegen werden fast ausnahmslos zollpflichtig gemacht oder in ihrer Zollpflicht erhöht. Auch gewalztes Zinn und Zink hat Zoll zu zahlen.

Die „N. L. Z.“ theilt von den Details der Vorlage noch folgende Positionen mit, bei denen sich sämmtliche Stände vom Centner verstehen: Petroleum 3 M. (bisher frei), Thee 50 M. (bisher 24 M.), Kaffee 21 M. (bisher 17,50 M.), Röhre 10 M. (bisher 5 M.), Süßfrüchte: 1) frische Apfelsinen, Citronen, Pomeranzen u. s. w. 6 M. (wie bisher), 2) getrocknete Datteln, Feigen, Corinthen, Mandeln u. s. w. 15 M. (bisher 12 M.), Butter 10 M. (bisher 4 M.), Wein in Fässern 12 M. (bisher 8 M.), Wein in Flaschen 24 M. (bisher 8 M.), Bier 3 M. (bisher 2 M.), Branntwein aller Art, Rum u. s. w. 24 M. (bisher 18 M.), Leder und Lederwaaren: a. Leder aller Art, mit Ausnahme von Buchenleder; Pergament, Stiefelschäfte 12 M. (bisher 6 M.), b. Dressirer und dänisches Handschuhleder, Corduan, Marokkin u. s. w. 20 M. (bisher 15 M.), c. grobe Schuhmacher-, Sattler-, Kleider- und Tischnerwaaren 20 M. (bisher 12 M.), feine Lederwaaren von Corduan, Saffian u. s. w. 30 M. (bisher 21 M.), Baumwollengarn: einwärtsiges in 5 Staffeln von 6—18 M., zweiwärtsiges von 7½—18½ M. (bisher ein- und zweiwärtsiges 6 bis 12 M.), Baumwoll-Watte 0,75 M. (bisher frei).

„Der erste Eindruck“, schreibt die „Post. Z.“, „den wir von einem flüchtigen Durchblättern der Vorlage erhalten, ist der, daß die wirtschaftlichen Interessen der Nation im ausgedehnten Umfang durch dieselben berührt werden und daß wir eine genaue Rechenschaft darüber vermissen, auf welche Weise die Urheber des Entwurfs sich Klarheit über die von denselben untrennlichen Folgen verschafft haben. Willste Württemberg ein selbstständiges Zollgebiet und wäre der vorgelegte Tarif ein Zolltarif für Württemberg, so verständen wir ihn; als Zolltarif für das deutsche Reich ist er uns vor der Hand nicht verständlich.“

Danzig, 1. April. Die „Danz. Zeitung“ schreibt: Es war der Polizei bekannt geworden, daß hier in Privatwohnungen mehrfach sozialdemo-

kratische Versammlungen abgehalten worden und sozialdemokratische Druckschriften kolportirt sind. Es wurden in Folge dessen am Sonntag gleichzeitig bei etwa 8 bis 10 als Anhänger der sozialdemokratischen Richtung bekannten Persönlichkeiten Hausdurchsuchungen abgehalten, welche nicht nur zur Auffindung vieler sozialdemokratischen Druckschriften führten, sondern auch den Beweis lieferten, daß wirklich sozialdemokratische Versammlungen heimlich abgehalten sind und ein fortwährender Verkehr zwischen hiesigen Agitatoren und den Hauptagitatoren stattfindet. Vier Personen sind verhaftet.

Provinzielles.

Stettin, 3. April. Die ersten Frühlingsboten sind bereits bei uns eingetroffen. In den Morgenstunden läßt die Lärche schon lustig ihr Lied erklingen und gestern haben sich auch die ersten Störche in der Umgegend eingefunden.

Dem Zahlmeister Ehrhardt beim 5. pomeranischen Infanterie-Regiment Nr. 42 ist das Verdienstkreuz des Großherzoglich mecklenburgischen Hausordens der Wendischen Krone verliehen.

Am 7. d. Mts. beginnt in Leer eine Prüfung zum Schiffer auf kleine Fahrt.

Die Berufung des Oberlehrers am Gymnasium in Garb a. O., Dr. v. Lümann, zum Oberlehrer am Gymnasium in Königsberg i. Pr. ist genehmigt worden.

Herr Moderow theilt uns mit, daß sein Lokal, die Löniger Schlossbrauerei, in den letzten Jahren auch nur die Erlaubniß habe, einmal in der Woche öffentliche Tanzveranstaltungen zu veranstalten und nicht mehr, wie allerdings früher eine Zeit lang, drei Tanzabende in der Woche zu arrangiren und ebenso, daß er es sich auf das Sorgfältigste angelegen sein lasse, alle irgend wie zweifelhaften Elemente aus demselben entfernt zu halten.

Gestern Abend traf Herr General-Postmeister Excellenz Stephan in Begleitung des Herrn Geh. Ober-Post-Raths Wittmann hier ein und nahm im Hotel drei Kronen Wohnung. Heute Morgen reiste derselbe nach Hinterpommern weiter.

Es ist gelungen, die Diebe zu ermitteln, welche in letzter Zeit besonders Grünhof durch Kellerdiebstähle unsicher machten. Es sind dies die Arbeiter Emil August Albert Kienle, Heinrich Nitzling und die unverheiratete Emilie Götman. Bis jetzt sind denselben folgende Diebstähle nachgewiesen: In der Nacht vom 23. zum 24. März beim Kaufmann Betz, Böllgerstraße 5, in der Nacht vom 26. zum 27. März bei der Wittwe Gubbe, Remigierstraße 1a, in der Nacht vom 29. zum 30. März bei dem Antmann Witte, Böllgerstraße 22. Ferner sind dieselben eines Diebstahls beim Lehrer Koch, Kronprinzenstraße 3, und bei der Wittwe Engel, Elisabethstraße 9a, beschuldigt. In den meisten Fällen sind Naturalien, Wein, Holz u. gestohlen, davon wurde Alles was genehmbar war, verzehrt, das Holz und die letzten Flaschen sofort verkauft.

Altdamm, 2. April. Vor dem Jahre 1875 sind von den hiesigen steuerpflichtigen Gemeindegliedern an Kommunalsteuern pro anno 18,000 Mark erhoben, und nach der Rechnungslage vom Jahre 1875 blieb ein Baarbestand von 2400 Mark. Dagegen wurden auf die Zeit vom 1. Januar 1876 bis 1. April 1879 an Kommunalsteuern pro Jahr 33,000 M. erhoben, und als Schulden entstanden: 1) für das erbaute Krankenhaus und für den Rindstall 20,200 M., 2) die Kautions des jetzigen Hauptkassenrentanten, die nach dem Etat zinsbringend untergebracht werden sollte, aber ausgegeben ist: 4500 M., 3) zwei Kautionen der Herren Leisinger und Lindemann, die nach dem Etat zur Auszahlung gelangen sollten, was nicht geschehen ist, das Geld ist aber verbraucht: 3300 M., 4) ein Defizit von 1200 M. Dabei ist bemerkenswerth, daß die Stadtmann zum größten Theil verkauft und das Geld dafür mitverbraucht ist. Nach dem Etat sollten wir eine höhere Schule bekommen; deshalb wurden im Etat 1876—79 für einen anzustellenden Oberlehrer 3000 M. und für eine Lehrerin 1200 M. Gehalt pro Jahr gefordert und genehmigt, aber wir haben keinen Oberlehrer noch Lehrerin bekommen. Das Geld dafür ist aber auch verbraucht und die Schule ist so geblieben, wie sie vordem war. Jetzt fordert der hiesige Magistrat in dem neu aufgestellten, vom 1. d. Mts. ab auf drei Jahre lautenden Etat an Kommunalsteuern pro Jahr die Summe von etwa 43,000 M., und was die hiesigen Stadtverordneten dazu sagen werden, ist noch nicht laubar geworden.

Gollnow, 2. April. Am Montag früh 4 Uhr brannten auf der Stadt Rüdtenberg die Scheunen und Stallgebäude von 4 Wirtschaften ab; 2 Kühe sind mitverbrannt. — In der Nacht vom 31. März bis 1. April brannte in Gollnow das Grundstück des Kolonisten Erwin vollständig nieder; sämmtliches Inventar ist mit verbrannt; eine Kuh wurde zwar gerettet, ist aber arg verbrannt. Eine Arbeiterfamilie, die nicht versichert war, hat ihre ganze Habe verloren. Die hiesige freiwillige Feuerwehr und die hiesige Landspitze verhielten die weitere Ausbreitung des Feuers, trotzdem die Wasserverhältnisse sehr mangelhaft waren. Das Feuer soll in der Scheune des Erwin entstanden sein.

Bermischtes.

Eine romantische Geschichte. Der Pariser „Konstitutionnel“ erzählt anlässlich der kürzlich erfolgten Durchreise eines deutschen Grafen, Namens Kramer, eine Geschichte aus dessen Familie, der wir folgende merkwürdige Einzelheiten entnehmen. Im Jahre 1801 brachte man in das Findelhaus einer

Breiter Vorstadt ein kleines, mit sehr feiner Wäsche bedecktes Mädchen von bezaubernder Schönheit. Ein an seine Wäsche geknüpfter Zettel gab an, daß das Kind Solange heiße und daß seine Eltern es später zurückfordern würden. Die sich herausstellte, litt die Kleine an epileptischen Anfällen. Sie wurde in einem Kinderhospital erzogen. Durch ihre Gemüths- und Liebenswürdigkeit wußte sie allseitige Sympathie zu erwecken. Sie wurde benutzt, um die Einkäufe auf dem Markte zu besorgen. Eines Tages verschwand sie. Sie war, so sagte man, ihren epileptischen Zufällen erlegen. Man hatte sie ohne Weiteres in ein grobes Laten gehüllt und in eine Grube auf dem Kirchhof geworfen. Sie war indessen nur von einem Starrkrampf befallen gewesen und erholte sich unter dem Einflusse der Kälte und des fallenden Schnees — es war die Weihnachtzeit — in der Nacht wieder. Mit übermenschlichen Anstrengungen gelang es ihr, den Rand der Grube zu erklettern und sich durch die Dunkelheit der Nacht fortzusetzen. Sie gerieth so auf ein Glacis, welches nach einem Festungsthor führte. Die Schildwache, die etwas Lebendiges herankommen sah, rief: Halt Werda! Das Mädchen hörte nicht, der Soldat gab Feuer, die Unglückliche stürzte blutend zur Erde. Als der Schuß fiel, trat ein holländisch-englischer Hauptmann im Dienste Napoleons, Namens Kramer, aus dem Thore heraus, ließ die Verwundete aufheben und erkannte in ihr die kleine Einkäuferin des Hospitals, deren Schönheit ihm schon öfters aufgefallen war. Ein Gedanke durchschloß seinen Kopf. Solange war für die Gesellschaft todt, er wollte sie für sich zu einem neuen Leben erwecken. Nach ihrer Heilung gab er sie nach Rennes in eine Pension und that alles Mögliche für ihre Erziehung. Die Ereignisse von 1813 hielten ihn von der Bretagne fern, Familienangelegenheiten riefen ihn in seine Heimat zurück. Als er nach Rennes zurückkehrte, fand er an Stelle des unglücklichen Kindes ein reizendes, gebildetes junges Mädchen, das von seiner schrecklichen Krankheit geheilt war. Das junge Mädchen wurde seine Frau. Als er sich im Jahre 1820 mit ihr in Paris aufhielt, empfing er den Besuch einer vornehmen Persönlichkeit, die sich bei ihm nach einem ausgezeigten Kinde, Namens Solange, erkundigte, dessen sich ein holländischer Offizier nach einer dramatischen Episode angenommen haben sollte. „Aber mit wem habe ich die Ehre?“ fragte der Offizier. „Mit einem Adjutanten Karl Johann's von Schweden“, erwiderte der Besucher. „Und wie kommt es, daß der König sich für Solange... für meine Frau interessiert?“ — Weil... weil es seine Tochter ist.“ — Einige Tage später reisten der Graf und die Gräfin Kramer nach Schweden ab, wo sie mit offenen Armen von demjenigen empfangen werden, der das Kind hatte verlassen müssen zu einer Zeit, wo er noch nicht daran dachte, dereinst einen Thron zu bestiegen. Das Paar ließ sich später in Deutschland nieder und einer seiner Söhne es, der kürzlich durch Paris reiste.

Die ungeliebte Eifersucht hat schon wieder ein jahrelang glücklich geführtes Eheleben zerstört. Der junge Baumeister D. hatte vor etwa 8 Jahren die Waise jenes ehemals in Berlin sehr beliebten Schauspielers geheiratet, der in einem Anfall von Eifersucht seine Gattin zu tödten versucht hatte. Diese verließ ihn, Neue und Schnelbrachten den Unglücklichen dahin, daß er sich eines Tages im damaligen alten Hofjägergarten inmitten einer glänzenden Gesellschaft eine Kugel durch's Herz schoß; ein schrecklicher Aufruf, der seiner Zeit viel bebrochen wurde. Das einzige Kind nun aus dieser zerstörten Ehe, die jetzige Gattin des jungen Baumeisters, hatte wohl viel von dem eigentlichen Charakter des Vaters geerbt, war aber im Uebrigen eine brave, häusliche Mutter ihrer Kinder und in allen Kreisen sehr beliebt. Das durch 8 Jahre geführte glückliche Familienleben erlitt nun vor einigen Wochen einen harten Stoß. Der Baumeister war ein überaus beliebter Mensch und dieser Eigenschaft halber bei den Damen namentlich gern gesehen. Die Gattin desselben glaubte nun plötzlich zu bemerken, daß ihr Mann gegen blonde Damen sehr aufmerksam sei und daß er die Gesellschaft der gleichfalls hochblonden Gattin eines Kollegen ganz besonders bevorzuge. Sie glaubte sich berechtigt, aus dieser Wahrnehmung kein Hehl und dem Gatten sogar Vorwürfe zu machen, die dieser lachend zurückwies. Anlässlich einer in der Familie des Baumeisters D. begangenen Festlichkeit, zu der auch der Kollege und dessen Gattin geladen war, kam es durch das sonderbare Benehmen der Gattin des Festgebers zu einem offenen Skandal. Das allgemein verurtheilte Betragen der verblendeten Frau hatte für diese zur Folge, daß sie in der Gesellschaft unanständig geworden war. Mit einem Schlage war die bis dahin musterhaft geführte Ehe ein Heerd des Unfriedens. Es kam so weit, daß der geprügelte Mann von der eifersüchtigen Frau auf allen Wegen verfolgt wurde, die ihm, ohne das Gespött der Leute zu scheuen, die peinlichsten Scenen bereitet. Endlich sollte nach beiderseitigen friedlichen Uebereinkommen die Trennung erfolgen und war der Baumeister ausgegangen, einige Formalitäten zu erfüllen. Auf dem Wege begriffen, fiel ihm sein Vorhaben schwer auf's Herz, denn er liebte seine Frau trotz ihrer Fehler immer noch und mußte er sich immer wieder die durchlebten schrecklichen Tage ins Gedächtnis zurückrufen, um in seinem Voratz nicht wankend zu werden. Endlich siegte die Liebe zu Frau und Kind, er drehte sich um und ging nach Hause. Er wollte der Gattin seinen Entschluß, Berlin zu verlassen, mittheilen, und durch die Gewährung dieses Wunsch's Besöhnung herbeiführen. Zu Hause angelangt, bot sich ihm ein entsetzlicher Anblick dar. Die ungeliebte Frau hatte das Dienstpersional fortgeschickt und lag im weißen Kleide auf dem Sopha

im Schlafstamer, in jedem Arm einen ihrer Lieblinge haltend, während das ganze Zimmer mit dem tödlichen Dunst des Kohlenoxydgases angefüllt war. Ein dem jüngsten Kinde in die Hände gedrückter Zettel verkündete in den Ausdrücken rührender Liebe dem entsetzten Vatten, daß sie die Trennung von ihm nicht ertragen könne und freiwillig den Tod gesucht habe. Durch die frühe Rückkunft des Baumeisters wurde nun freilich dieses Vorhaben vereitelt, Frau und Kinder durch den sofort herbeigeholten Arzt in kurzer Zeit wieder zum Bewußtsein gebracht, bei der bedauerndwerthen Frau ist jedoch leider eine Geistesgekränktheit konstatiert worden und hat dieselbe Aufnahme in einer Privatheilanstalt gefunden. Der tiefbetrübte Vatte hofft, die Mutter ihren Kindern geheilt zurückgeben zu können.

Literarisches.

Conradi, Schlechte Zeiten, Poisson für Piano. Der Verfasser hat eine große Zahl von beliebten Liedern in einem hübschen Poissonri vereinigt und dadurch ein Musikstudium geschaffen, welches, geschickt arrangirt, bei Jedem zahlreiche Anklänge wachrufen dürfte.

Dahlström, die Ertragsfähigkeit eines schleswig-holsteinischen Seeschiffahrt-Kanals. Der Verfasser plaidirt für einen Kanal Ederstedt-St. Margarethen (bei Hamburg), ein Projekt, für den Handel der Ostsee schleswig-holsteinisch, nur darauf berechnet, Hamburgs Handel zu heben. Es ist eines der unrentablen Projekte, welche uns zu Gesicht gekommen sind.

Wollberichte.

Berlin, 30. März. In der heute brandeten Woche war der Verkehr fremder Käufer am hiesigen Plage etwas schwächer, als in letzter Zeit und nur wenige inländische Fabrikannten waren auf den Lägerm thätig. Das Geschäft in deutschen Rückenwäschern konnte einen größeren Umfang nicht erreichen, dagegen war durch Anstellungen nach den Vorbildern des In- und Auslandes in Kolonialwollen ein recht bedeutender Verkauf erzielt worden. Unsere Wollinhaber zeigten eine recht große Nachgiebigkeit im Verkauf bei deutschen Rückenwäschern, weshalb die Preise überall eine Ermäßigung erkennen ließen. In den Preisen der Kolonialwollen zeigte sich dagegen eine größere Festigkeit. Zur Stofffabrikation gingen nach der Lausitz und Ludenwalde 600 bis 700 Ctr. mittelfeine Schafereien aller Landsmannschaften in den Preisen von etwas über Mitte 50er Thaler. In allen Sorten Garbrikschöffen, Landwollen und Loden wurden Kleinigkeiten zu unveränderten Preisen verkauft. Von seinen Gerberwollen konnte kaum bessere hiesige und auswärtige Arbeit placirt werden.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 2. April. Die Prager „Narodni Listy“ berichten von der Unterredung eines Gesandten mit dem Graf Laas. Dieser erklärte, die Gesandten müßten bedingungslos in den Reichsrath eintreten. Die Staatsrechtsfrage sei „präsent“, der Reichsrath zeichne sich vor anderen Parlamenten durch den Schutz seiner Minoritäten aus.

Petersburger Bericht zufolge befehle das russische Kabinett darauf, daß kein türkischer Soldat Ostrumelien betrete. Man hoffe, die Rache werden schließlich zustimmen.

Wien, 2. April. Die „Polit. Corresp.“ meldet:

Aus Konstantinopel von heute: Ein hoher türkischer Würdenträger soll sich demnach nach Italien begeben, um die Königin von England selbst zu begrüßen. Der Sultan beabsichtigt, ein eigenhändiges Schreiben an die Königin Viktoria zu richten.

Die Mitglieder der internationalen Kommission in Ostrumelien sind aus Philippopol hier eingetroffen. Dieselben werden am 5. April eine Sitzung halten, in welcher die erste Lesung des organischen Statuts für Ostrumelien stattfinden soll.

Der Sultan hat die Demission des Großvezirs, Ahereddin Pascha, nicht angenommen.

Pest, 2. April. Unterhaus. Dem bisherigen Präsidenten Ohly, welcher mit Rücksicht auf sein hohes Alter sein Amt als Präsident, sowie sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt hatte, wurde der Dank des Hauses für die Leitung der Geschäfte ausgesprochen. Der Abg. Apponyi beantragte darauf, dem Auslande für die anlässlich der Sergebener Katastrophe veranstalteten Sammlungen den Dank des Hauses zu votiren.

Pest, 2. April. Unterhaus. (Fortsetzung.) Bei der Verathung des Budgets vertheidigte der Finanzminister die Regierung gegen die Angriffe, indem er darauf hinarief, daß die vermehrten Ausgaben zumest für produktive Zwecke gemacht worden seien. Ferner gab der Minister statistische Mittheilungen über den vermehrten Steuerertrag und betonte, daß die außerordentlichen Ereignisse die Ordnung des Staatshaushaltes wohl erschweren, aber nicht stören konnten. Die Regierung strebe alle statthaften Ersparungen in der Administration wie in der Armee an und hoffe durch die Steuerreform und Sparsamkeit das finanzielle Gleichgewicht herbeizuführen.

Paris, 2. April. Wie bestimmt verlautet, steht demnach eine neue Anleihe der Stadt Paris bevor, deren Ergebnis hauptsächlich für Wegverbesserungen verwendet werden soll, um den arbeitslosen Klassen Beschäftigung zu verschaffen.

London, 2. April. Gegen eine Anleihe von zehn Millionen (Pfund) will der Sultan die gesammte Kontrolle der türkischen Einnahmen einer französisch-englischen Kommission unterstellen.